
Vorsitz: Deutschland**956. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 30. September 2020 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die Modalitäten für diese Hybridsitzung des FSK während der COVID-19-Pandemie, die gemäß FSC.GAL/92/20 durchgeführt wird.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ZUM WIENER
DOKUMENT 2011: „MODERNISIERUNG DES
WIENER DOKUMENTS“

- *Vortrag von Oberst H. de Solages, Leiter der französischen Verifikationsbehörde*
- *Vortrag von Brigadegeneral P. Braunstein, Leiter des deutschen Verifikationszentrums*
- *Vortrag von K. Podbevsek, Beigeordneter Referent für Rüstungskontrolle, Konfliktverhütungszentrum, OSZE-Sekretariat*

Vorsitz, Oberst H. de Solages, Brigadegeneral P. Braunstein, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums der OSZE, Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau,

San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/224/20), Frankreich (Anhang 1), Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/222/20 OSCE+), Türkei (Anhang 3), Ukraine (FSC.DEL/219/20 OSCE+), Armenien (Anhang 4), Österreich, Aserbaidschan (Anhang 5), FSK-Koordinator für das Wiener Dokument (Schweden), Russische Föderation (Anhang 6)

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DEN AKTUALISIERTEN PRAXISLEITFADEN FÜR DIE DEAKTIVIERUNG VON KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN**

Vorsitz

Beschluss: Das FSK verabschiedete den Beschluss Nr. 4/20 (FSC.DEC/4/20) über den aktualisierten Praxisleitfaden für die Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Russische Föderation (interpretative Erklärung, siehe Anlage zum Beschluss), Vorsitz, Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 7)

Punkt 3 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/220/20), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/225/20), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/223/20 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 8)

Punkt 4 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Militärübung „Brilliant Jump II 2020“ vom 28. Oktober bis 6. November 2020:* Polen (FSC.DEL/221/20 OSCE+)
- (b) *Militärübung „Brilliant Jump II 2020“ vom 28. Oktober bis 6. November 2020 und Militärübung „Iron Wolf 2020-II“ vom 3. bis 17. November 2020:* Litauen
- (c) *Transparenz der Militärübungen „Brilliant Jump II 2020“ vom 28. Oktober bis 6. November 2020 und „Slavic Brotherhood 2020“ vom 22. bis 25. September 2020:* Belarus

- (d) *Aktuelle Informationen zur von Mai bis Juni 2021 durchzuführenden Militärübung „Arctic Lock 2021“: Finnland*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 7. Oktober 2020, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Frankreich unterstützt die Erklärungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten voll und ganz. Dennoch möchten wir als Vertreter unseres Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Frankreich freut sich, Oberst de Solages, Brigadegeneral Braunstein und Kristijan Podbevsek beim heutigen Sicherheitsdialog begrüßen zu dürfen, und dankt ihnen herzlich für ihre hervorragenden Vorträge. Wir messen dem Erfahrungsaustausch großen Wert bei und hoffen, dass wir in den bevorstehenden Erörterungen den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen werden.

Das Wiener Dokument ist nach wie vor ein tragendes Element der konventionellen Rüstungskontrollarchitektur, die in den letzten Jahrzehnten zur Stärkung von Transparenz, Vertrauen und Sicherheit im euroatlantischen Raum geschaffen wurde. Diese Ziele können nur durch die vollständige und ernsthafte Umsetzung unserer bestehenden Instrumente erreicht werden. Damit sie jedoch besser umgesetzt werden können, müssen diese Instrumente modernisiert werden, um sie an die neuen strategischen Gegebenheiten anzupassen.

Frau Vorsitzende, in einer unruhigen geopolitischen Landschaft, zu der erschwerend eine im einundzwanzigsten Jahrhundert beispiellose Pandemie hinzukam, wurden die meisten unserer Verifikationsaktivitäten ausgesetzt. Frankreich hat sich dafür eingesetzt, dass die Verifikationsaktivitäten unverzüglich wieder aufgenommen werden, sobald die Voraussetzungen für die Sicherheit der Experten gegeben sind. Nach eingehender Analyse der mit COVID-19 verbundenen Risiken wurden sanitäre und funktionelle Verfahren für die Durchführung bestimmter Verifikationsaktivitäten eingerichtet. Ab dem 1. Juli waren unsere Teams bereit, sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit an diesen Aktivitäten zu beteiligen. Beim letzten Strukturierten Dialog verteilten wir ein Arbeitspapier mit dem Ziel, einen Dialog zu dieser Frage in Gang zu setzen und mögliche Handlungsansätze vorzuschlagen. Wir wollen damit vermeiden, in eine Situation zu geraten, in der alle vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Wie unsere deutschen

Partner bereits sagten, ist der Austausch vorbildlicher Praktiken in diesem Zusammenhang besonders wertvoll, und wir sind bereit, unsere Erfahrungen zu teilen.

Frau Vorsitzende, wir setzen uns nach wie vor für die vollständige Umsetzung des Wiener Dokuments ein und befürworten seine inhaltliche Modernisierung, um die militärische Stabilität, Transparenz und Berechenbarkeit weiter zu erhöhen. In diesem Zusammenhang bietet der von 34 Teilnehmerstaaten unterstützte gemeinsame Vorschlag für die Modernisierung des Wiener Dokuments eine Gelegenheit, echte Verhandlungen und einen produktiven Austausch in Gang zu bringen und damit die OSZE als Plattform für einen wechselseitigen Dialog über Sicherheitsaspekte im euroatlantischen Raum zu positionieren.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen zu lassen.

Danke.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich danke Ihnen, dass Sie die heutige Diskussion angesetzt haben, und ich danke unseren hervorragenden Rednern, dass sie ihre Überlegungen zur Modernisierung des Wiener Dokuments mit uns geteilt haben.

Das Wiener Dokument dient als entscheidende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme, die für Transparenz sorgen, Nachbarn beruhigen und letztlich Konflikte in Europa verhindern soll. Wir alle anerkennen das Wiener Dokument als einen der bedeutendsten Beiträge der OSZE im politisch-militärischen Bereich, wenn nicht sogar als den bedeutendsten. Die Tatsache, dass der deutsche Vorsitz den Schwerpunkt auf die Aktualisierung des Wiener Dokuments legt, unterstreicht die anhaltende Nützlichkeit dieses Instruments bei der Bewältigung einer Reihe von Sicherheitsbedrohungen, verweist aber auch auf eine Reihe von aktuellen Defiziten. Die Aktualisierung des Wiener Dokuments anhand der aktuellen Gegebenheiten ist eine zentrale Aufgabe des Forums für Sicherheitskooperation und liegt in der Verantwortung aller Teilnehmerstaaten.

Unser Gebiet, früher ein Musterbeispiel militärischer Transparenz, findet sich heute in einem Umfeld wieder, in dem einige Teilnehmerstaaten Bestimmungen des Wiener Dokuments eingeschränkt anwenden und die Bemühungen um eine Aktualisierung des Wiener Dokuments im Hinblick auf die Berücksichtigung aktueller Besorgnisse blockieren. Dies hat zusammen mit aggressiven Handlungen einiger Teilnehmerstaaten zu einer Vertrauenskrise im heutigen Europa geführt.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

man sollte sich in Erinnerung rufen, dass das Wiener Dokument immer als ein lebendes Dokument gedacht war, ein Dokument, das sich neuen Sicherheitsgegebenheiten anpassen sollte. Wie uns Absatz 6 des Wiener Dokuments in Erinnerung ruft, verpflichteten sich die OSZE-Teilnehmerstaaten 2010 durch Beschluss des FSK dazu, das Wiener Dokument regelmäßig zu aktualisieren und zu überarbeiten und es alle fünf Jahre oder öfter neu aufzulegen. Es ist zutiefst besorgniserregend, dass diese Zusage nicht eingehalten wurde, insbesondere angesichts der Erosion des Sicherheitsumfelds, die seit der letzten

Aktualisierung des Wiener Dokuments vor fast einem Jahrzehnt im Jahr 2011 zu beobachten ist.

Der im Oktober 2019 eingebrachte und von mittlerweile 34 Miteinbringern unterstützte umfassende Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments deckt ein breites Spektrum umfassend abgestützter Initiativen zu folgenden Themen ab: Erklärungen zu militärischen Informationen, Zusammensetzung und Größe von Inspektions- und Überprüfungsgruppen, Schwellen für die Ankündigung und Beobachtung bestimmter militärischer Aktivitäten, neue Vorschläge betreffend die Verminderung der Risiken, Zwischenfälle und Unfälle sowie Verfahren für den Umgang mit Alarmierungsübungen oder nicht ankündigungspflichtigen Übungen, die sich zu einer der beunruhigenderen militärischen Aktivitäten der letzten Jahre entwickelt haben.

Frau Vorsitzende,

die Vereinigten Staaten wiederholen, dass dieser Vorschlag als Ausgangspunkt für Verhandlungen und nicht als Vorschlag nach dem Motto „Alles oder Nichts“ betrachtet werden sollte. Wir hatten nie die Absicht, andere Vorstellungen auszuschließen, die im Laufe von Verhandlungen zur Sprache gebracht werden können. In gleicher Weise können Elemente des gemeinsamen Vorschlags im Laufe der Verhandlungen geändert oder angepasst werden.

Der gemeinsame Vorschlag war das Ergebnis ausführlicher Erörterungen zwischen vielen Teilnehmerstaaten. Wir setzten uns mit der Frage auseinander, wie zahlreiche Einzelvorschläge, die seit Jahren auf dem Tisch lagen und breite Unterstützung gefunden hatten, zusammengeführt werden könnten, und ermittelten gleichzeitig neue Konzepte, die es einzubauen galt, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Wiener Dokuments den Sicherheitsbesorgnissen der heutigen Zeit Rechnung tragen würden. Gleichzeitig mussten wir zahlreiche technische und Umsetzungsprobleme überwinden und Auswirkungen zweiter und dritter Ordnung durchdenken.

Ich hoffe, dass die Bereitschaft vieler von uns, konstruktiv zusammenzuarbeiten und Kompromissbereiche zu finden, ein Beispiel sein kann, an dem wir uns alle bei unserer Arbeit im Forum für Sicherheitskooperation und in der Arbeitsgruppe A orientieren können. Wir müssen ernsthaft Verhandlungen zwischen allen 57 Teilnehmerstaaten aufnehmen, Kompromissbereiche finden und gemeinsam einige praktische Schritte setzen, um mit dem Wiederaufbau von Vertrauen und der Verbesserung der militärischen Transparenz zu beginnen.

Im vergangenen Jahr haben wir uns gemeinsam mit der Mehrheit der Teilnehmerstaaten für eine Ministererklärung eingesetzt, in der wir uns verpflichten, bis zum Ministerratstreffen in Tirana im Jahr 2020 substanzielle Fortschritte bei der Modernisierung des Wiener Dokuments zu erzielen. Wir bedauern, dass diese Verpflichtung nicht von allen getragen wurde und dass in Bratislava zu einer Erklärung kein Konsens zustande kam. Wir bedauern auch, dass wir der Aktualisierung des Wiener Dokuments heute nicht viel näher scheinen als in Bratislava.

Im Laufe des Jahres 2020 hat eine Mehrheit der Teilnehmerstaaten die Forderung nach einer Modernisierung des Wiener Dokuments wiederholt, auch auf Sitzungen des

Strukturierten Dialogs, und dies als einen entscheidenden ersten Schritt zur Wiederherstellung von Vertrauen und zur Bestätigung der Rolle der konventionellen Rüstungskontrolle erachtet. Mit Blick auf das Ministertreffen im Jahr 2020, auf dem der 30. Jahrestag des Wiener Dokuments begangen wird, sollte es unser Ziel sein, neue Impulse für gezielte Verhandlungen zu setzen, um im nächsten Jahr zu einem aktualisierten Wiener Dokument zu gelangen. Wir können das. Diese Fragen sind bekannt. Die Methoden der militärischen Transparenz und des Informationsaustauschs setzen keine revolutionäre Analyse voraus. Wir weisen von vornherein jeden Einwand von der Hand, dass es zu ehrgeizig, zu überstürzt sei, sich ein solches Ziel zu setzen. Tatsächlich wird es im 2021 zehn Jahre überfällig sein. Ein ernsthaftes gemeinsames Bemühen seitens aller Teilnehmerstaaten, das zu einem modernisierten Wiener Dokument führt, wird uns helfen, das Vertrauen wiederaufzubauen und für militärische Transparenz jetzt und in der Zukunft zu sorgen.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie die anderen Delegationen möchten auch wir unseren Gastreferenten für ihre Vorträge danken. Wir beglückwünschen auch den deutschen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) dazu, dass er den heutigen Sicherheitsdialog der Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 gewidmet hat.

Die Türkei ist der festen Überzeugung, dass das Wiener Dokument zusammen mit dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und dem Vertrag über den Offenen Himmel einen der Hauptpfeiler der europäischen konventionellen Sicherheitsarchitektur darstellt. Dementsprechend misst die Türkei der vollständigen Umsetzung des Wiener Dokuments und seiner Modernisierung große Bedeutung bei.

Die vollständige und nach Treu und Glauben erfolgende Umsetzung des Wiener Dokuments ist von wesentlicher Bedeutung, um Vertrauen und Zuversicht unter den OSZE-Teilnehmerstaaten aufzubauen und dadurch für eine gestärkte Sicherheitsgemeinschaft zu sorgen.

Auf dem diesjährigen Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung betonten alle Teilnehmerstaaten, wie wichtig das Wiener Dokument und die vollständige Umsetzung der darin festgelegten Verpflichtungen seien.

Wir haben auch die von allen Teilnehmerstaaten bei Treffen des FSK erhobenen Forderungen zur Kenntnis genommen, die Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist nach zu erfüllen und jegliches selektive Vorgehen zu vermeiden.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in unserer Verbalnote vom 30. Juli 2020, die unter der Dokumentennummer SEC/DEL/278/20 verteilt wurde, und später in unserer Erklärung bei der FSK-Plenarsitzung vom 9. September 2020 (FSC.DEL/176/20) klar zum Ausdruck gebracht wurde, hat Armenien gegen seine Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument verstoßen, als es

ankündigte, dass es „ihm nicht möglich sein werde, Militärinspektionen der Republik Türkei und Gastinspektoren aus der Türkei nach dem KSE-Vertrag und dem Wiener Dokument auf dem Hoheitsgebiet der Republik Armenien zuzulassen“ (SEC.DEL/273/20).

Wir fordern Armenien erneut auf, seinen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument in vollem Umfang nachzukommen. Wir ersuchen auch alle Teilnehmerstaaten, auf diesen Versuch Armeniens, bei der Umsetzung des Wiener Dokuments selektiv vorzugehen, eine angemessene Antwort zu geben.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

was die Modernisierung des Wiener Dokuments betrifft, so lässt sich nicht leugnen, dass sich das Sicherheitsumfeld seit 2011 erheblich verändert hat und eine bedeutsame Aktualisierung dieses Instruments eindeutig geboten ist. Wir hoffen, dass der neue gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments, der derzeit von 34 Teilnehmerstaaten miteingebracht wurde, dazu einen wertvollen Beitrag leisten wird.

Wir glauben, dass das FSK die wichtigste Plattform für die Erörterung von Vorschlägen zur Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments sowie der konkreten weiteren zu setzenden Schritte ist. Wir schließen uns dem Aufruf an alle Teilnehmerstaaten an, sich zu diesem Zweck konstruktiv an den Erörterungen zu beteiligen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Ich danke Ihnen.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

lassen Sie mich eingangs wie meine Vorredner dem deutschen FSK-Vorsitz danken, dass er diesen Sicherheitsdialog zum Wiener Dokument 2011 angesetzt hat. Wir heißen die heutigen Redner herzlich willkommen und danken ihnen für ihre anregenden Ausführungen.

Der Standpunkt Armeniens bezüglich des Wiener Dokuments und seiner Umsetzung ist hinlänglich bekannt. Wir hatten im Laufe des Jahres mehrmals Gelegenheit, dieses Thema ausführlich zu erläutern. Wir teilen voll und ganz die im Konzeptpapier des FSK-Vorsitzes enthaltene Ansicht, dass das Wiener Dokument das Schlüsselinstrument für vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der OSZE und ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der OSZE im politisch-militärischen Bereich ist. Diese Feststellung ist umso wichtiger, als es im OSZE-Raum Bedrohungen und Herausforderungen, darunter auch anhaltende Konflikte und Spannungen gibt. Daher ist die vollständige Umsetzung der Bestimmungen des Wiener Dokuments in Wort und Geist besonders wichtig, um Vertrauen und Transparenz zu gewährleisten und die militärische Berechenbarkeit zu stärken.

Leider haben unsere Diskussionen im Forum gezeigt, dass dem nicht alle Teilnehmerstaaten zustimmen. Wir erleben nach wie vor, dass die Umsetzung von Bestimmungen des Wiener Dokuments an bestimmte Bedingungen geknüpft wird. Dies gilt insbesondere für Kapitel V über die vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten. Meine Delegation hat den Teilnehmerstaaten mehrfach Fälle von eklatanten Verstößen gegen wichtige Bestimmungen dieses Kapitels unterbreitet.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass Aserbaidschan im vergangenen Jahr vier groß angelegte Militärübungen durchgeführt hat, darunter eine gemeinsame Übung mit der Türkei, ohne eine vorherige Ankündigung über das OSZE-Kommunikationsnetz zu übermitteln. Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Szenarien für diese Übungen um offensive Szenarien handelte.

Vom 11. bis 15. März 2019 fanden in Aserbaidschan Militärübungen statt, an denen bis zu 10 000 Soldaten, bis zu 500 Panzer, bis zu 300 Raketen und Artilleriesysteme unterschiedlichen Kalibers, Mehrfachraketenwerfer und Mörser beteiligt waren. Vom 1. bis 3. Mai

wurden in Aserbaidschan gemeinsame aserbaidisch-türkische taktische Übungen mit Volltruppe abgehalten, deren Parameter nicht offengelegt wurden; unser diesbezügliches Ersuchen im FSK blieb unberücksichtigt. Vom 20. bis 24. Mai fand eine groß angelegte Militärübung mit über 10 000 Soldaten, 150 Panzern und anderen gepanzerten Fahrzeugen, bis zu 200 Artilleriegeschützen, Mörsern und Mehrfachraketenwerfern unterschiedlichen Kalibers sowie bis zu 35 Luftfahrzeugen und Hubschraubern statt. An weiteren groß angelegten Militärübungen vom 16. bis 20. September waren bis zu 10 000 Soldaten, 100 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 150 Artilleriegeschütze, Mörser und Mehrfachraketenwerfer unterschiedlichen Kalibers sowie bis zu 20 Luftfahrzeuge und Hubschrauber beteiligt.

In diesem Jahr führte Aserbaidschan darüber hinaus vom 2. bis 6. März 2020 eine weitere groß angelegte Militärübung durch und lehnte erneut unsere Ersuchen ab, dazu Informationen zu übermitteln und sich an die im Wiener Dokument verankerten Transparenzmaßnahmen zu halten. Im Anschluss daran wurden vom 18. bis 22. Mai Übungen mit bis zu 10 000 Soldaten, bis zu 120 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen, bis zu 200 Raketen und Artilleriesystemen unterschiedlichen Kalibers, Mehrfachraketenwerfern und Mörsern sowie bis zu 30 Heeresfliegern und Luftnahunterstützungskräften durchgeführt.

Im laufenden Jahr haben wir die Teilnehmerstaaten auch mit großer Besorgnis darüber informiert, dass gemeinsame türkisch-aserbaidschanische Militärübungen unmittelbar nach der aserbaidisch-türkischen Militäroffensive gegen den nordöstlichen Teil der Staatsgrenze von Armenien abgehalten wurden. An den Übungen waren Tausende Soldaten, Hunderte gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriegeschütze sowie Militärflugzeuge, darunter unbemannte Fluggeräte (UAV) beteiligt. Wie wir darauf hingewiesen haben, blieben nach der Militärübung türkisches Militärpersonal und türkische Ausrüstung in Aserbaidschan stationiert.

In allen genannten Fällen hat die Delegation Armeniens im Geiste der Transparenz im Forum um Auskunft ersucht. Bedauerlicherweise haben die betroffenen Länder unsere Ersuchen entweder abgelehnt oder ihre Nichteinhaltung mit dem Hinweis auf konfliktbezogene Fragen begründet. In diesem Zusammenhang haben wir darauf hingewiesen, dass die Verknüpfung dieser Übungen mit dem Konflikt eindeutig ein Frühwarnsignal dafür war, dass sich Aserbaidschan auf eine weitere Offensive vorbereitet.

Und tatsächlich lösten die aserbaidisch-türkischen Streitkräfte am frühen Morgen des 27. September einen groß angelegten Angriff entlang der gesamten Kontaktlinie aus. Die Verteidigungsanlagen der arzachischen Verteidigungsarmee wurden von Panzern, Hubschraubern, schwerer Artillerie, UAV und Mehrfachraketenwerfern, darunter auch solche mit einem Kaliber von 300 mm und darüber unter schweren Beschuss genommen und bombardiert, ebenso wie zivile Infrastruktur und Siedlungen, einschließlich der Hauptstadt Stepanakert. An dieser Militäroffensive ist auch türkisches Gerät stark beteiligt. Gestern, am 29. September, schossen türkische F-16-Kampffjets im Rahmen eines Kampfeinsatzes ein Su-25-Kampfflugzeug der armenischen Luftwaffe im Luftraum der Republik Armenien ab.

Aus dem Umfang der Angriffe und der Reichweite der eingesetzten Waffen geht zweifelsfrei hervor, dass diese Aggression von langer Hand geplant war und von Aserbaidschan in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung und Beteiligung des türkischen Militärs durchgeführt wird. Eine derartige Aggression konnte nicht nach kurzfristiger Planung durchgeführt werden.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

um auf die Kernfrage des Konzeptpapiers zurückzukommen, möchten wir zwei wichtige Elemente für die Verbesserung des allgemeinen Niveaus der Umsetzung des Wiener Dokuments skizzieren.

Erstens: Das Hauptziel des Wiener Dokuments und anderer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen ist die Verhinderung der Androhung oder Anwendung von Gewalt. Jede Androhung oder Anwendung von Gewalt stellt eine Herausforderung für die militärische und politische Stabilität im gesamten OSZE-Raum dar.

Zweitens sollte man sich dessen bewusst sein, dass OSZE-Teilnehmerstaaten, wenn sie die Augen vor der willkürlichen und selektiven Umsetzung des Wiener Dokuments verschließen, damit weiteren Verstößen dagegen sowie einer Destabilisierung des Sicherheitsumfelds Vorschub leisten, wie das bei der Türkei und Aserbaidschan der Fall ist.

Abschließend möchten wir bekräftigen, dass sich Armenien voll und ganz zu Wort und Geist des Wiener Dokuments bekennt. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die Verbesserung der Einhaltung unserer Verpflichtungen eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Stabilität im OSZE-Raum ist und bleibt.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

als Reaktion auf die Erklärung der türkischen Delegation zur Entscheidung Armeniens, Militärinspektionen und Besuche von Gastinspektoren aus der Türkei im Rahmen des KSE-Vertrags und des Wiener Dokuments auszusetzen, dürfte meine Erklärung die Gründe für unsere Entscheidung wohl hinreichend detailliert dargelegt haben. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass die Türkei sich selbst zur Partei im Berg-Karabach-Konflikt erklärt hat und sich aktiv an der Aggression gegen Armenien beteiligt, ist unser Vorgehen mehr als legitim und gerechtfertigt.

Die armenische Delegation hat ihren Standpunkt dazu auf der 1277. Sitzung des Ständigen Rates im Zuge der Erörterung der aktuellen Frage „Die aggressive Politik und die militärischen Drohgebärden der Türkei als destabilisierender Faktor im Südkaukasus“ erschöpfend dargelegt. Ich möchte dem Vertreter der Türkei nahelegen, unsere Erklärung noch einmal zu lesen; diese ist unmittelbar verständlich und wurde unter der Dokumentennummer PC.DEL/1093/20 verteilt.

Ich danke Ihnen.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

zunächst einmal möchten wir dem deutschen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) für die Organisation des heutigen Sicherheitsdialogs zur Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 danken. Wir schließen uns auch den Delegationen an, die vor uns den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion ihre Anerkennung für ihre informativen Vorträge ausgesprochen haben.

Aserbaidschan hat umfassende Erörterungen über die Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments stets begrüßt. Die Anwendung bestehender Regime vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) und die Umsetzung unserer Verpflichtungen aus diesen Regimen sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist nach, einschließlich der im Wiener Dokument niedergelegten Verpflichtungen, sind für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet von hohem Wert und großer Bedeutung.

Unser allgemeiner Ansatz in Bezug auf VSBM, einschließlich der im Wiener Dokument enthaltenen, beruht auf der festen Überzeugung, dass diese Maßnahmen kein Selbstzweck sind, sondern ein Mittel, um Lösungen für Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Sicherheit und Stabilität zu finden. Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sollen der im Wiener Dokument festgelegten Pflicht der Teilnehmerstaaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen und in den internationalen Beziehungen im Allgemeinen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck verleihen. Wenn wir also VSBM erörtern, ist es wichtig, ihre Wechselbeziehung mit dem gesamten politisch-militärischen Kontext zu berücksichtigen, der nach wie vor durch schwere Verletzungen unserer gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen gekennzeichnet ist – und hier in erster Linie die Verpflichtung, sich der Anwendung von Gewalt zu Übergriffen gegen die territoriale Integrität von Staaten zu enthalten. Illegale Anwendung von Gewalt, blanke militärische Aggression und anhaltende Besetzung von Gebieten anderer Staaten – so sieht die bittere Realität im OSZE-Gebiet aus, über die man nicht hinwegsehen kann. Bemühungen zur Verbesserung der Umsetzung des Wiener Dokuments und um seine Aktualisierung sollten daher mit einer umfassenden Überprüfung des gegenwärtigen Sicherheitsumfelds und der Herausforderungen beginnen, die sich bei der Umsetzung der bestehenden VSBM-Regime stellen.

Die Delegation Aserbaidshans hat das Forum immer wieder auf eklatante und vorsätzliche Verstöße Armeniens gegen unsere gemeinsamen grundlegenden Normen und Prinzipien aufmerksam gemacht, die die Grundlage und den Kern des Wiener Dokuments bilden. Wir haben bei mehreren Gelegenheiten unbestreitbare Fakten und Beweise für Armeniens ungeheuerlichen Verstöße gegen Buchstaben und Geist des Wiener Dokuments und anderer politisch-militärischer Instrumente der OSZE vorgelegt. Wir haben wiederholt vor den schädlichen Auswirkungen der völligen Missachtung seiner Verpflichtungen durch Armenien gewarnt.

Um ein Beispiel zu nennen: Armenien macht im jährlichen Austausch militärischer Information nach dem Wiener Dokument beständig falsche und unvollständige Angaben über seine Streitkräfte. Die von Armenien verteilten Jahresberichte spiegeln nicht die tatsächliche Lage vor Ort wider, da darin das Militärpersonal und die Ausrüstung nicht erfasst sind, die Armenien illegal in den besetzten Gebieten Aserbaidshans unterhält. Darüber hinaus betreibt Armenien in diesen Gebieten Aserbaidshans eine massive militärische Aufrüstung, indem es Waffen und Munition illegal in die besetzten Gebiete verlegt und umleitet. Auf diese Weise macht sich Armenien die Fragmentierung der Anwendungszone für VSBM – eine direkte Folge seiner anhaltenden militärischen Besetzung der aserbaidshansischen Gebiete – zunutze, um sein militärisches Potenzial vor den einschlägigen Rüstungskontrollmechanismen zu verheimlichen.

Außerdem und als Unterstützung der Erklärung, die die Türkei heute Morgen abgegeben hat, möchten wir dem Forum eine weitere eklatante Verletzung der Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument durch Armenien in Erinnerung rufen. Bekanntlich kündigte Armenien in einer Verbalnote vom 29. Juli 2020, die unter der Dokumentennummer SEC.DEL/273/20 verteilt wurde, an, dass es nicht in der Lage sei, Militärinspektionen durch die Türkei nach dem Wiener Dokument und dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa zuzulassen. Diese Ankündigung stellt eine weitere eindeutige und gravierende Verletzung der Verpflichtungen Armeniens aus diesen Instrumenten dar. Sie zeigt anschaulich sowohl Armeniens selektive Herangehensweise an seine Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension als auch seine konsequente Politik der Unterminierung des instabilen Sicherheitsumfelds in der Region.

Zur Stunde manifestieren sich die schädlichen Auswirkungen der erwähnten eklatanten Verstöße Armenien an der Front. Armenien setzt Waffen und militärische Ausrüstung ein, die es illegal in die besetzten Gebiete verlegt und dort angehäuft hat, um seine Aggression gegen Aserbaidshans fortzusetzen, um dicht besiedelte zivile Gebiete und Infrastruktur in Aserbaidshans unter intensiven Artilleriebeschuss zu nehmen und letztendlich, um seine illegale Besetzung der international anerkannten Gebiete Aserbaidshans zu konsolidieren. Infolge der jüngsten armenischen Militäroffensive, die am 27. September 2020 begann und noch andauert, wurden bisher 14 aserbaidshansische Zivilisten getötet, 46 Zivilisten verwundet und 36 Wohngebäude und 116 zivile Einrichtungen beschädigt. Das gezielte Vorgehen der armenischen Streitkräfte gegen Zivilisten ist ein klarer und eklatanter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich der Genfer Konventionen von 1949 und ihrer Zusatzprotokolle.

Als Reaktion auf den jüngsten Angriff Armeniens gegen Aserbaidshans und die anhaltende Besetzung aserbaidshansischer Gebiete treffen die aserbaidshansischen

Streitkräfte derzeit verhältnismäßige Gegenoffensivmaßnahmen, um diese Angriffshandlung Armeniens abzuwehren und die territoriale Integrität und die Bevölkerung Aserbaidschans zu verteidigen. Aserbaidschan nimmt sein naturgegebenes Recht auf Selbstverteidigung in voller Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkergewohnheitsrecht wahr. Ein Teil der besetzten Gebiete wurde bereits von der armenischen Besetzung befreit. Die Gegenoffensive wird solange fortgesetzt werden, bis Armenien von seinem völkerrechtswidrigen Verhalten, das heißt, von seiner illegalen Besetzung der international anerkannten Gebiete Aserbaidschans, ablässt.

Was die Behauptungen Armeniens betrifft, Aserbaidschan verletze seine Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument im Zusammenhang mit der Ankündigung von Militärübungen, so versichere ich dem Forum, dass Aserbaidschan seinen Verpflichtungen nachkommt. Dies wurde in verschiedenen Erklärungen unserer Delegation bei den entsprechenden FSK-Sitzungen eindrucksvoll verdeutlicht. Der armenische Vertreter ist Opfer seiner üblichen Vergesslichkeit, denn sonst hätte er sich der illegalen Militärübungen erinnert, die Armenien regelmäßig in den besetzten Gebieten Aserbaidschans durchführt. Wir haben diese Frage und die anderen erwähnten Verstöße Armeniens gegen seine Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension mehrfach zur Sprache gebracht, doch unserer Besorgnis wird nach wie vor keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Wir weisen auch alle haltlosen Behauptungen Armeniens hinsichtlich der Beteiligung externer Parteien an dem Konflikt entschieden zurück. Die aserbaidschanischen Streitkräfte sind gut ausgerüstet, autark und voll und ganz in der Lage, die anhaltende Aggression Armeniens gegen Aserbaidschan aus eigener Kraft zurückzuschlagen. Diese Behauptungen sind der vergebliche und verzweifelte Versuch Armeniens, die Aufmerksamkeit von den Verlusten seiner Streitkräfte abzulenken, die illegal in den Gebieten Aserbaidschans im Einsatz sind, und auch um Dritte – wie Söldner und terroristische Gruppen – ins Spiel zu bringen, damit den Umfang der Feindseligkeiten auszuweiten und die Lage vor Ort umzukehren.

Was die Aussagen Armeniens zur Rolle der Türkei in der Region betrifft, so sei erneut betont, dass die Türkei ein verantwortungsbewusstes und vertrauenswürdige Mitglied der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Minsk-Gruppe der OSZE, ist. Wir danken der Türkei dafür, dass sie vorbehaltlos für die Verteidigung gemeinsamer grundlegender OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen eintritt. Doch wie bereits erwähnt und entgegen den Behauptungen und dem Wunschenken Armeniens ist die Türkei in keiner Weise an der von den aserbaidschanischen Streitkräften durchgeführten Gegenoffensive beteiligt.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wir danken Ihnen, dass Sie eine Plenarsitzung zum Thema Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen angesetzt und abgehalten haben. Wir danken den Hauptreferenten für die Vorstellung ihrer Sichtweise dieser komplizierten und facettenreichen Thematik.

Wir schließen uns der Einschätzung einer Reihe von Delegationen an, dass das Wiener Dokument ein relevantes, „lebendiges“ und funktionierendes Instrument ist, das trotz der Herausforderungen der heutigen Zeit weiterhin die Aufgaben erfüllt, für die es ursprünglich gedacht war, und das einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung von Transparenz und Stabilität in Europa leistet.

Russland schenkt Fragen der praktischen Umsetzung der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) große Beachtung. Es sei lediglich angemerkt, dass unser Land, was die Zahl der Verifikationsaktivitäten betrifft, der am stärksten überprüfte OSZE-Teilnehmerstaat ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit im Namen des russischen Verifikationszentrums unseren Partnern für die erfolgreiche Zusammenarbeit und die Professionalität danken, mit der sie während der COVID19-Pandemie – einer Zeit, die für keinen von uns einfach war, – Inspektionen nach dem Wiener Dokuments durchgeführt haben. Wir wollen diese konstruktive Zusammenarbeit fortsetzen.

Wir haben den Vortrag über die Bemühungen des Konfliktverhütungszentrums der OSZE zur Entwicklung eines Systems für Informationsmanagement und Berichterstattung auf dem Gebiet von VSBM und Rüstungskontrolle (iMARS) aufmerksam verfolgt. Eine solche Software ist natürlich von großer Bedeutung, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Inspektoren ihre Arbeit wirkungsvoll verrichten können. Wir arbeiten im russischen Verifikationszentrum seit Langem mit einem vergleichbaren System, so dass wir für uns selbst keinen praktischen Nutzen darin sehen, uns an iMARS zu beteiligen. Wir sind jedoch der Meinung, dass andere Teilnehmerstaaten, falls sie daran interessiert sind, sich weiterhin auf freiwilliger Basis an der Weiterentwicklung des Systems beteiligen können.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass Aspekte im Zusammenhang mit der derzeitigen Umsetzung des Wiener Dokuments nicht auf der Tagesordnung des heutigen Sicherheitsdialogs standen. In diesem Zusammenhang freuen wir uns auf die Fortsetzung einer lebhaften Diskussion dieser Aspekte auf dem jährlichen Treffen der Leiter der Verifikationszentren im Dezember.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Der Standpunkt der Russischen Föderation hinsichtlich der Aussichten auf eine Modernisierung des Wiener Dokuments ist wohlbekannt und hat sich nicht geändert. Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass unser Land über viele Jahre hinweg einen bedeutenden Beitrag zu den Verhandlungen über VSBM in Europa geleistet hat. Von 2003 bis 2014 haben wir insgesamt 25 Vorschläge (die einzelnen Zwischenfassungen nicht eingerechnet) zur Verbesserung der Umsetzung des Wiener Dokuments eingebracht. Dennoch scheuen die NATO-Mitglieder seit Langem die inhaltliche Auseinandersetzung mit den von uns angeschnittenen Fragen.

Wie die Geschichte des europäischen Sicherheitssystems zeigt, hat sich das Wiener Dokument nicht isoliert entwickelt, sondern es ist eng mit der allgemeinen Sicherheitslage in Europa verknüpft. Werfen wir nun einen Blick auf den politisch-militärischen Hintergrund, vor dem die OSZE-Teilnehmerstaaten ihre Erklärungen über die Notwendigkeit einer Modernisierung des Wiener Dokuments abgeben.

Die militärische Infrastruktur der Vereinigten Staaten von Amerika und der NATO ist näher an die Grenzen Russlands gerückt. In den baltischen Staaten, in Polen und Rumänien wurden Truppenkontingente dauerhaft stationiert. Die Schaffung von Lagerungseinrichtungen in Osteuropa und den baltischen Staaten, die die Stationierung und das Operieren mehrerer tausend Mann starker zusätzlicher Truppen ermöglichen, der Ausbau der militärischen Mobilität mit dem Ziel der raschen Verstärkung der Angriffsfähigkeit der NATO-Streitkräfte im Osten – all das nehmen wir als Angriffsvorbereitungen der Allianz wahr.

Es kam zu einer verstärkten Aktivität der Seestreitkräfte und der Luftwaffe der NATO-Länder in der Ostsee und im Schwarzen Meer und auch im Luftraum darüber. Es ist bezeichnend, dass bis zu 40 Prozent der Kriegsschiffe des Bündnisses, die in das Schwarze Meer einfahren, mit Präzisionswaffen mit großer Reichweite ausgerüstet sind.

Ich möchte nur einige wenige Beispiele aus jüngster Zeit für die angeblich „friedliebende“ Politik der NATO anführen, die ihre „Bereitschaft zum Dialog“ mit Russland beteuert.

Am 28. August wurde, wie vom Strategischen Kommando der Vereinigten Staaten geplant, eine militärische Spezialübung mit der Bezeichnung *Allied Sky 2020* durchgeführt, in deren Verlauf strategische B52-Bomber mit luftgestützten Marschflugkörpern einen simulierten Angriff auf Ziele auf russischem Hoheitsgebiet durchführten. Am 4. und 14. September überflogen Flugzeuge desselben Typs das Schwarze Meer und das Asowsche Meer, um einen simulierten Angriff mit Marschflugkörpern auf Ziele im Gebiet des Militärbezirks Süd unseres Landes durchzuführen. Vom 1. bis 10. September fand in Estland eine Ausbildungsübung der US-Streitkräfte statt, bei der Mehrfachraketenwerfer in unmittelbarer

Nähe der russischen Grenze eingesetzt wurden. Diese Liste von Beispielen ist keineswegs vollständig.

Wir sind gespannt auf die Antwort auf folgende Frage: Wie würden die Vereinigten Staaten reagieren, wenn das russische Militär solche Aktivitäten in der Nähe der US-Grenze durchführen würde?

Für uns ist es offensichtlich, dass die Aktionen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten feindselig und provozierend und darüber hinaus geeignet sind, die europäische Sicherheitslage zu destabilisieren. Sie stehen in keiner Weise im Einklang mit Rufen nach mehr Transparenz im militärischen Bereich.

Die Russische Föderation hat verschiedentlich vorgeschlagen, dass die Länder des Nordatlantischen Bündnisses die Intensität ihrer militärischen Aktivitäten verringern, ihre Ausbildungsveranstaltungen beschränken und Übungszone von der Kontaktlinie zwischen Russland und der NATO weg verlegen mögen. Wir unsererseits führen die meisten Einsatz- und Gefechtsausbildungsübungen unserer Streitkräfte weit im Landesinneren durch. Leider hat es den Anschein, als seien die Vereinigten Staaten und die anderen NATO-Staaten vorerst nicht wirklich daran interessiert, die Lage zu deeskalieren, gefährliche militärische Zwischenfälle zu verhindern und die Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten zu erhöhen.

Wir haben auch mehrmals darauf hingewiesen, dass einige der Staaten, die Mitverfasser des „Pakets der 34“ – des von 34 Teilnehmerstaaten unterstützten gemeinsamen Vorschlags zur Modernisierung des Wiener Dokuments – sind, bei der vollständigen Umsetzung der Bestimmungen des Wiener Dokuments keine besondere Sorgfalt walten lassen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bestimmungen über die Notifikation von Erhöhungen der Personalstärke von Kampftruppenteilen und -formationen, einschließlich „nicht-aktiver“ Truppenteile und -formationen.

Erwähnenswert ist auch, dass die VSBM-bezogenen Instrumente von den westlichen Ländern erheblich in Misskredit gebracht worden sind. Als diese Instrumente beispielsweise 2014 zum Einsatz kamen, konnten die beteiligten Staaten keine ungewöhnliche militärische Aktivität oder destabilisierende Konzentration von Streitkräften in an die Ukraine angrenzenden Gebieten feststellen. Trotzdem wurden weiterhin unbegründete Anschuldigungen gegen uns erhoben. Wir bezweifeln, dass diese Tendenz zur „Entwertung“ des VSBM-Instrumentariums mit den Forderungen der erwähnten „Gruppe der 34“ nach einer umfassenden Aktualisierung dieses Instrumentariums in Einklang zu bringen ist

Heute richtete der Leiter des deutschen Verifikationszentrums, Brigadegeneral Peter Braunstein, die Frage an die Delegation der Russischen Föderation, was getan werden müsse, damit unser Land seine grundsätzliche Einstellung bezüglich der Aussichten auf eine Aktualisierung der vertrauensbildenden Maßnahmen überdenke. Die Antwort liegt auf der Hand. Um die Voraussetzungen für eine Diskussion über VSBM zu schaffen, muss das Bündnis davon Abstand nehmen, seine Aktivitäten an der Ostflanke zu intensivieren und sie in der Folge reduzieren. Sobald die militärischen Spannungen abgebaut, die Sanktionspolitik zurückgenommen und schließlich das Vertrauen wiederhergestellt ist, wird es möglich sein, diese Frage erneut zu prüfen. Für Verhandlungen über militärische Sicherheit ist ein berechenbares Umfeld erforderlich. So war zum Beispiel die Verpflichtung aller Vertragsstaaten, von allen

Schritten zur Änderung der Führungsebene, der Struktur und der Dislozierung von Streitkräften abzusehen, eine Schlüsselbedingung für die Aufnahme und Durchführung des Verhandlungsprozesses über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (1996 bis 1999).

Angesichts des gegenwärtigen Sicherheitsumfelds bleibt die Tür zur Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 jedoch vorerst verschlossen.

Wir fordern unsere Partner auf, ihre Verpflichtungen bedingungslos zu erfüllen und eine Atmosphäre zu schaffen, die einer weiteren gemeinsamen Arbeit förderlich ist. Aus unserer Sicht gibt es für sie eine Menge zu bedenken: Sie müssen sich entscheiden, ob ihre Priorität in der gewaltsamen „Einhegung“ Russlands oder im Dialog mit unserem Land liegt, insbesondere zu einem breiten Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit VSBM. Man kann nicht auf zwei Hochzeiten tanzen.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN
DES INFORMELLEN FREUNDKREISES ZU KLEINWAFFEN UND
LEICHTEN WAFFEN UND LAGERBESTÄNDEN
KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND)**

Vielen Dank, Frau Vorsitzende.
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich meine große Genugtuung über die Verabschiedung des Beschlusses über den aktualisierten Praxisleitfaden (BPG) für die Deaktivierung von SALW zum Ausdruck bringen, dessen vollständiger Titel Praxisleitfaden zu Mindeststandards für nationale Verfahren für die Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen lautet. Erstmals 2018 verabschiedet wurde er überarbeitet und aktualisiert, um sicherzustellen, dass er aktuell und anwendbar bleibt. Angesichts der Wichtigkeit, die irreversible Deaktivierung von SALW sicherzustellen, wurden die OSZE-Mindeststandards durch eine Reihe von technischen Aktualisierungen gestärkt, um SALW und ihre wesentlichen Teile auf Dauer unbrauchbar zu machen. In der Praxis bedeutet das:

1. Die Reaktivierung einer Schusswaffe mit Hilfe ganz normaler Werkzeuge wird verhindert;
2. Die technischen Spezifikationen für die Deaktivierung finden Anwendung auf die wesentlichen Teile von Waffen;
3. Die unvollständige Deaktivierung von SALW ist nicht zulässig;
4. Teilnehmerstaaten, die weder über Deaktivierungs- noch über Verifizierungsstellen verfügen, erhalten die Möglichkeit, um Hilfe bei der Durchführung oder Verifizierung der Deaktivierung von Schusswaffen durch entsprechende Einrichtungen anderer Staaten zu ersuchen.

Der Praxisleitfaden trägt dazu bei, unter allen 57 Teilnehmerstaaten der OSZE ein gemeinsames Verständnis für die wesentlichen Aspekte der Deaktivierung von Kleinwaffen

und leichten Waffen zu schaffen und legt den Grundstein für die praktische Unterstützung interessierter Staaten durch die OSZE in diesem Bereich.

Obwohl der aktualisierte Praxisleitfaden nicht rechtsverbindlich ist, lade ich die Teilnehmerstaaten dazu ein, von ihm bei der Gestaltung ihrer nationalen Politik als Orientierungshilfe Gebrauch zu machen. Ich möchte auch dazu ermutigen, freiwillig höhere gemeinsame Standards im Umgang mit den Risiken und Herausforderungen, die durch reaktivierte, konvertierte und anderweitig illegal veränderte Kleinwaffen verursacht werden, anzuwenden. Ich lade auch die OSZE-Kooperationspartner dazu ein, vom aktualisierten Praxisleitfaden Gebrauch zu machen.

Ich möchte allen Teilnehmerstaaten danken, die an der Aktualisierung des Praxisleitfadens mitgewirkt und diese unterstützt haben. Insbesondere möchte ich unseren deutschen und französischen Kollegen ein Lob für die führende Rolle aussprechen, die sie bei diesem Prozess übernommen haben.

Heute haben die Teilnehmerstaaten einen Beschluss über den ersten aktualisierten OSZE-Praxisleitfaden für SALW verabschiedet. Ich freue mich sehr, dass die Arbeit an der Aktualisierung anderer OSZE-Praxisleitfäden für SALW und konventionelle Munition gut vorangeht.

Ich freue mich, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als federführender Staat für die Aktualisierung von drei Praxisleitfäden ein Expertentreffen für den 6. Oktober 2020 einberufen haben. Zu diesem Treffen sind die technische Experten aus den Hauptstädten eingeladen, die am Überprüfungsprozess der Aktualisierungen dieser Praxisleitfäden mitwirken.

Zur Nachbereitung werden auf dem Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA, zu dem Sie alle herzlich eingeladen sind, Informationen über den Fortschritt bei der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und CA vorgelegt werden. Die Einladung zu diesem Treffen wird demnächst verteilt werden.

Ich möchte noch einmal die Arbeit der Teilnehmerstaaten loben, die sich aktiv am Prozess der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und CA beteiligt haben, und lade die anderen ein, sich diesen Bemühungen anzuschließen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

ich hoffe, dass die geschätzten Delegationen der Ukraine, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs und Kanadas alle Fragen, die für sie von Interesse sind, erörtert haben. Meiner Meinung nach wurde heute, wie bereits zuvor, in ihren Erklärungen nichts Neues gesagt. Folglich haben auch wir heute nichts hinzuzufügen. Unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist wohlbekannt und wurde hier in diesem Saal wiederholt dargelegt. Um Zeit zu sparen, werden wir den vollständigen Wortlaut unserer Erklärung in schriftlicher Form verteilen. Frau Vorsitzende, ich ersuche, ihn dem Journal des Tages beizufügen.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk erfolgen. Die Russische Föderation ist als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass haben bereits mehr als 13 000 Menschenleben gefordert. Das ist der Preis, den die Bevölkerung des Donbass dafür zahlen musste, dass sie den Kurs der Politiker ablehnte, die vor fast sieben Jahren nach dem verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine an die Macht gekommen waren. Der enorme Verlust an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Fälle von Übergriffen und Folter durch das ukrainische Militär sind in Berichten maßgeblicher internationaler Organisationen festgehalten worden.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Büros der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) stellt fest, dass zwischen dem 1. Januar und dem 31. Juli dieses Jahres, wie bereits zuvor, die überwältigende Mehrheit ziviler Opfer auf die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete entfällt, nämlich über 85 Prozent (51 Verletzte und 7 Tote). Ähnlich sieht die Lage aus, wenn man sich die Zahl der Angriffe auf zivile Objekte ansieht – fast 87 Prozent der Zerstörungen wurden in bestimmten

Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk verzeichnet, wovon auch mehr als ein Dutzend Bildungsstätten für Kinder betroffen waren. Beobachter der Vereinten Nationen haben bestätigt, dass im genannten Zeitraum Artilleriegeschütze, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie unbemannte Fluggeräte von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt wurden.

Leider müssen wir feststellen, dass bewaffnete Provokationen durch die ukrainische Regierung ungeachtet der zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe, die am 27. Juli in Kraft traten, andauern. Am vergangenen Samstag, dem 26. September, berichteten die Medien darüber, wie der Beschuss durch Mörsergranaten auf von Milizen kontrollierte Gebiete in der Region Donezk zu einem Brand geführt hatten, der fünfzehn Gebäude in der Siedlung Dolomitne verschlang. Wir gehen davon aus, dass die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) diese Informationen bestätigen und in ihre Berichte aufnehmen wird.

Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen einiger westlicher Delegationen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) über die „konstruktive Herangehensweise“ der ukrainischen Regierung an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen einer friedlichen Beilegung und ihre vorgebliche „Zurückhaltung“ im militärischen Bereich empörend. Es ist höchste Zeit, dass unsere Partner nicht länger die Augen vor dem Leid der Zivilbevölkerung im Donbass verschließen und die Realität verzerren.

Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass eine weitere Fortsetzung der Gewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist und fordert die ukrainische Regierung dazu auf, bei der Umsetzung der entsprechenden Vereinbarungen verantwortungsvoll vorzugehen, die erneut bestätigt haben, dass Fortschritte möglich sind, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen zurückziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, alle illegalen Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade der Region sollte aufgehoben und der Region selbst unverzüglich ein Sonderstatus eingeräumt werden. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Ohne eine Lösung der politischen Fragen ist eine umfassende Beilegung der Krise in der Ukraine unmöglich. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung aller Aspekte des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben.

Die Geringschätzung, mit der die Ukraine an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den politisch-militärischen Dokumenten der OSZE herangeht, ist in höchstem Maße besorgniserregend. Es gibt zahlreiche Beweise für Verstöße der ukrainischen Regierung gegen Bestimmungen des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Im Südosten des Landes werden militärische Aktivitäten durchgeführt, an denen zu unterschiedlichen Zeiten Truppen in der Größenordnung von 70 000 Mann und große Mengen an schwerem Gerät beteiligt waren. Darüber hinaus übermittelt die ukrainische Regierung nicht die nach dem Wiener Dokument 2011 erforderlichen Ankündigungen und lädt keine Beobachter in dieses Gebiet ein. Wir möchten daran erinnern, dass freiwillige

Transparenzmaßnahmen kein Ersatz für die Umsetzung der verbindlichen Bestimmungen des Wiener Dokuments sind.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde und zur bewaffneten Konfrontation im Donbass und zum Leid von Millionen ukrainischer Zivilisten geführt hat. Seit mittlerweile mehr als sechs Jahren haben die westlichen Partner der ukrainischen Regierung sich nicht wirklich darum bemüht, eine tatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten und eine politische Lösung der Krise zu fördern. Im Gegenteil, sie geben der ukrainischen Regierung grünes Licht für Kriegsverbrechen in der Ostukraine, zetteln weitere bewaffnete Gewalt an, bilden die ukrainische Armee aus und verstärken sie mit Waffen und Ausrüstung, die dann in der Zone der bewaffneten Auseinandersetzung landen. Dieses Vorgehen verstößt gegen Buchstaben und Geist des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen; sie stehen auch im Widerspruch zu den KSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen. Wir fordern unsere Partner nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen vollinhaltlich und verantwortungsvoll zu erfüllen, wofür sie selbst regelmäßig plädieren.

Wir haben eine provozierende Intensivierung von Militärflügen der NATO-Staaten über der Ukraine festgestellt, was unweigerlich zu militärischen Spannungen führen muss. Anfang September flogen drei strategische B52-Bomber der Vereinigten Staaten, die vom Militärflugplatz der Königlichen Luftwaffe in Fairford im Vereinigten Königreich aus operieren, in den Luftraum einer potenziellen Kampfzone über dem westlichen Teil des Asowschen Meeres. Dabei möchte ich betonen, dass ihr Flugweg durch das Hoheitsgebiet eines Landes führte, das durch einen internen bewaffneten Konflikt entzweit wird. Die destabilisierende Wirkung dieser Aktion liegt auf der Hand.

Der Höhepunkt der militärischen Flugaktivitäten über der Ukraine wurde am 23. September erreicht, als zwei B-52H-Bomber erneut in ihren Luftraum einflogen und die Botschaft der Vereinigten Staaten in der Ukraine die Bewohner Kiews zynischerweise dazu aufrief, den militärischen US-Kipprotorflugzeugen (CV-22B Ospreys), die die Hauptstadt überflogen, zuzuwinken. Zur selben Zeit waren am Himmel anderer ukrainischer Städte, nämlich über Cherson, Saporischschja, Dnipro, Poltawa und Tscherkassy andere US-Militärflugzeuge (MC-130J Tanker-Luftfahrzeuge) zu sehen.

Es stellt sich die berechtigte Frage: Welchen Zweck verfolgt dieses demonstrative Säbelrasseln? Und wie passt dieses Vorgehen mit den Äußerungen der Delegation der Vereinigten Staaten im FSK zusammen, sie seien bereit, zur Förderung der Stabilität in der Ukraine beizutragen?

Wir möchten daran erinnern, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärische Hilfe leisten, damit die „Kriegspartei“ in Kiew unterstützen und gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die weitere Zerstörung im Donbass tragen. Wir fordern die OSZE, unsere internationalen Partner und die externen „Einflüsterer“ der Ukraine auf, ihren Einfluss auf die ukrainische Führung geltend zu machen, um sie zu praktischen Schritten im Interesse des Friedens und der Eintracht in der Bevölkerung zu ermutigen, mit dem Ziel einer raschen,

vollständigen und koordinierten Umsetzung der Bestimmungen des (vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligten) Maßnahmenpakets auf der Grundlage eines direkten und dauerhaften Dialogs zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk.

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

956. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 962, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 4/20
AKTUALISIERTER PRAXISLEITFADEN FÜR DIE
DEAKTIVIERUNG VON KLEINWAFFEN UND
LEICHTEN WAFFEN**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

in Erfüllung des Mandats, das ihm durch den in Wien im Dezember 2017 verabschiedeten Beschluss des Ministerrats Nr. 10/17 über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) erteilt wurde, und ermutigt durch die Anerkennung der „Notwendigkeit, dass die OSZE ihre SALW- und SCA-bezogenen Normen und Praxisleitfäden sowie deren Umsetzung weiter verbessert“ in der Erklärung des Ministerrats 2018 von Mailand zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Normen und Praxisleitfäden für SALW und SCA;

in Anerkennung der Ergebnisse der dritten Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, die vom 18. bis 29. Juni 2018 in New York stattgefunden hat;

in der Erkenntnis, dass der aktualisierte Praxisleitfaden den Teilnehmerstaaten auch als Orientierungshilfe bei der Gestaltung ihrer nationalen Politik dienen und alle Teilnehmerstaaten zur freiwilligen Umsetzung höherer gemeinsamer Praxisstandards ermutigen könnte;

feststellend, dass der aktualisierte Praxisleitfaden auch für die Kooperationspartner der OSZE und andere Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei deren Bemühungen um die Bewältigung der Risiken und Herausforderungen nützlich sein könnte, die durch reaktivierte, konvertierte und anderweitig illegal veränderte Kleinwaffen verursacht werden, –

beschließt,

1. den – mit vollständigem Titel – aktualisierten Praxisleitfaden zu Mindeststandards für nationale Verfahren für die Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen zu begrüßen, der anhand nachahmenswerter Verfahren beispielhaft darstellt, wie sichergestellt

werden kann, dass Kleinwaffen und leichte Waffen durch Deaktivierung auf Dauer unbrauchbar gemacht werden (FSC.DEL/250/17/Rev.4);

2. die Veröffentlichung des aktualisierten Praxisleitfadens in allen sechs OSZE-Sprachen zu befürworten und die Teilnehmerstaaten zu ermutigen, den Leitfaden entsprechend verfügbar zu machen;
3. das Konfliktverhütungszentrum damit zu beauftragen, für die weitestmögliche Verbreitung des aktualisierten Praxisleitfadens zu sorgen, und zwar auch an die Kooperationspartner der OSZE und die Vereinten Nationen;
4. um die Vorstellung des aktualisierten Praxisleitfadens auf der siebten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu ersuchen.

Dieser Beschluss ersetzt den FSK-Beschluss Nr. 1/18 (FSC.DEC/1/18/Corr.1) über den Praxisleitfaden für die Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen vom 21. Februar 2018.

FSC.DEC/4/20
30 September 2020
Attachment

ENGLISH
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Delegation der Russischen Föderation dem heute verabschiedeten Beschluss des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) über den aktualisierten Praxisleitfaden für die Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) angeschlossen hat, hält sie es für notwendig, die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abzugeben.

Die Russische Föderation begrüßt die Verabschiedung des aktualisierten Praxisleitfadens für die Deaktivierung von SALW und vertritt den Standpunkt, dass die Umsetzung dieses Dokuments auf freiwilliger Basis erfolgen sollte.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem betreffenden Beschluss als Anhang beizufügen.“